

Die Lage in Marokko.

Die Lage im Obargebiet.

Aus Tanger wird gemeldet:

Die Stimmung unter den Einwohnern des Obargebietes ist fortgesetzt sehr erregt. Die Europäer werden von den Behörden gewarnt, sich in die bedrohte Gegend zu begeben.

Die Spanier in Marokko.

Aus Larache wird gemeldet:

Hier erhält sich das Gericht, dass die Spanier den Stämmen der Beni Uraim und der Beni Tazout große Summen Geldes versprochen haben, wenn sie die spanischen Truppen sich unbehoben im Berglande schließen lassen. Weitere Summen sollen den Führern der beiden Stämme geboten werden, wenn es ihnen gelingen würde, die übrigen feindlichen Stämme in gleichem Sinne zu beeinflussen.

Berlustreiche Kämpfe im Niss.

Schon seit geraumer Zeit, besonders seit den Vorhängen in der, hielt es, dass die Riffleute sich wieder regten. In den letzten Tagen war aus Melilla gedrängt worden, die feindliche Harka am Unten-Kertara sei bedeutend angewachsen, und ein Angriff auf die spanischen Stellungen sei zu erwarten. Der Oberbefehlshaber habe umfangreiche Vorbereihungen getroffen. Wie dem „Imparzial“ erdrückt wird, erfolgte am Montag dieser Angriff. Es kam zu einem Kampf, wobei die spanische Artillerie und Infanterie vielfach ins Treffen kamen. Die Riffleute wurden zurückgeschlagen, ließen 70 Tote auf dem Schlachtfelde und trugen viele Tote und Verwundete mit sich fort. 28 Riffleute wurden getötet, 40 verletzt. Auch die spanischen Verluste sollen bedeutend sein, doch steht die ziffermäßige Angabe noch aus.

Wie aus Madrid da gemeldet wird, scheinen sich die Riffleute den Beni Uraim und anderen auständischen Stämmen zwischen Taza und dem Muizah-Gletscher anzuschließen zu wollen. Bei Tazout wurden zwei unter dem Befehl eines spanischen Offiziers stehende Goumier-Patrullen, also den Muizah-Gletscher überschritten, von Riffleuten angegriffen. Ein Goumier wurde getötet, zwei verwundet.

*

Die spanisch-französischen Verhandlungen.

Die in London vorgeholgten Lösung der französischen Frage über das Marokkogebiet hat in Madrid keine ähnliche Aufnahme gefunden. Anhängerinnen und Anhänger des französischen und des englischen Vertrags neuer Verhandlungen in die Wege geleitet worden, um eine Spanien aufrechthaltende Lösung zu finden. Doch dürfte es nunmehr noch genaue Zeit dauern, bevor die spanisch-französischen Verhandlungen endgültig beendet sind. Vor allen Dingen hat die technische Kommission, die ihre Arbeiten bis zur Lösung der Marokkofrage eingestellt hatte, noch verschiedene andere Punkte zu erledigen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die italienische Darstellung der Lage in der Trennstaat.

Der römische „Corriere d'Italia“ veröffentlicht einen Brief seines Korrespondenten aus dem türkischen Lager in der Trennstaat. Der Brief enthält eine Beschreibung der schweren Lebenslage der Bevölkerung. Gediebt, die in den verlorenen Jahren kultiviert Land waren, sind vollständig verlassen. Im ganzen Land herrschte tiefe Niedergeschlagenheit. Die Einwohner sind von den Türken aus Heim und Familie herausgerissen und geworben worden, zu kämpfen. Sie lehnen nur den Frieden herbei und fragen immer wieder, wann der Friede abgeschlossen werden wird.

Eine bedeutungslose Bekanntmachung

in Tripolis veröffentlicht worden, die von 105 Araberhauptlingen aus Tripolis unter-

zeichnet ist. Die Bekanntmachung preist das Werk der italienischen Zivilisation, rät den Arabern, ihre Augen dem neuen Lichte zu öffnen und ihre Illusionen aufzugeben, und fordert sie auf, von ihrer verbündeten Feindseligkeit gegen die Italiener abzusehen, durch die sie ihrem eigenen Glück und dem des Landes schadeten.

*

Die Italiener im Negärischen Meer.

Wie aus gut unterrichteten römischen Kreisen verlautet, hat die italienische Regierung darauf verzichtet, die eroberten Inseln im Negärischen Meer, mit Ausnahme von Rhodus, militärisch zu besetzen. Die Italiener werden sich damit begnügen, die regulären türkischen Truppen, denen sie habhaft werden, gefangen zu nehmen und nach Italien zu bringen. Auf diese Weise hofft Italien, die Inseln nach und nach ganz von regulären Soldaten zu entblößen, um so anarchistische Zustände herbeizuführen, die die Türkei späterhin viele Opfer an Gold und Menschenleben kosten würden.

Die Désinfection der Dardanellen.

Die Hafenbehörde von Konstantinopel erklärte den Schiffsgesetzen, die Durchfahrt durch die Dardanellen dürfte am 19. oder 20. Mai wieder frei sein.

Deutsches Reich.

Leipzig, 15. Mai.

* Der preußisch-sächsische Pferdevertrag in der bayerischen Kammer. Aus München wird gemeldet: Die Kammer der Abgeordneten hat den Pferdevertrag mit Preußen entsprechend einem Antrag des Abg. Held (Btr.) zur nochmaligen Beratung an den Finanzausschuss zurückgewiesen. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Jesuiten in Mex. Die „Herr. Jsp.“ lädt sich aus Straßburg telegraphieren: „Antrag aus Straßburger Korrespondenten“ meldet: „Anträge aus parlamentarischen Kreisen haben der Regierung Besanlung gegeben. Erstrebungen darüber anzulegen, ob in letzter Zeit in Mex. von Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu Millionen abgehalten worden sind. Die Erhebungen haben ergaben, dass in einigen Kirchen der Stadt Mex und der Vororte während der Öffentlichkeit mehrere inländische und ausländische Jesuitengesellschaften bei der Ablösung von Millionen mitgewirkt haben. Da nach den von Bundesrat zur Ausführung des Reichsgesetzes betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 erlaufenen Bestimmungen den Angehörigen des Jesuitenordens die Ablösung von Millionen ausdrücklich unterstellt ist, hat die Regierung das Ereignis verklagt, damit Angehörige des Ordens der Gesellschaft Jesu von den Pferden in Zukunft nicht den rechtsgerichtlichen Bestimmungen zumühten mehr herangezogen werden.“

* Die Gehaltsordnungskommission des preußischen Abgeordnetenhauses beriet in ihrer letzten Sitzung § 64, der die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Ausübung von Mitgliedern für den Fall großer, die Würde des Hauses verleidender Verstöße vor sieht. Eine Besprechung dieses Paragraphen wurde von konserватiver Seite angezeigt. Man durch nicht ausreichend auf diesem Paragraphen vorübergehend, sondern habe zu prüfen, ob die darin vorgesehene Befugnis des Präsidenten genügt. Ein nationalliberaler Abgeordneter widersprach dieser Anregung mit dem Hinweis darauf, dass man dem Plenum nicht vorgesetzte direkt. Ebenso wollte das Zentrum sich zunächst abwenden verhalten, bis der fortwährende Antrag auf Wiederherstellung des § 64 in seiner alten Fassung vom Plenum derart sein werde oder bis eine Entscheidung des Reitgerichts herbeigeführt sei. Daraufhin lehnte die Kommission in ihrer Mehrheit eine eigentliche Besprechung dieses Paragraphen ab, der einzutragen in seinem jetzigen Wortlaut bestehen

sollte. Der § 64, der für den Fall einer föderalen Unruhe die Auslegung oder Auflösung der Sitzung vor sieht, wurde in seiner bisherigen Fassung angenommen.

* Schwersteiten im Zentralstrafeuricht für das Baugewerbe. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, der Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe im Sommer 1910 ein Hauptvertrag zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und dem Zentralverband der Bauarbeiter abgeschlossen, durch den ein Zentralstrafeuricht eingesetzt ist, das Berufungen gegen Urteile der unteren Tarifvertragsinstanzen und grundläufige Tarifvertragsangelegenheiten entscheiden soll. Es besteht aus 5 Unparteiischen, 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern. Dem geschäftsführenden Unparteiischen liegt es nach der Geschäftsordnung des Zentralstrafeurichts ob, die Termine der Sitzungen anzubereuen. Der letzte Einladung zu einer Sitzung, die am 13. Mai d. J. in Berlin stattfinden sollte, haben nun die beiden sozialdemokratischen Gewerkschaften, der Deutsche Bauarbeiterverband und der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, nicht Folge geleistet. Auch den unparteiischen Gewerbeoberrichtsdirektor Dr. Premer-Münch, Beigeordneter Rath-Essen, Gewerbeoberrichtsdirektor v. Schulz-Berlin, Magistrat Wöhlbing-Berlin) hatten sich mit die Vertreter des Arbeitgeberbundes und des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter eingefunden, so dass in die Verhandlungen nicht eingetreten werden konnte. Das Verhalten der sozialdemokratischen Bauarbeiterverbände ruft in den Kreisen der Bauarbeiterverbände große Empörung hervor.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

* Dr. Karl Freiherr von Chlai f. Das Herrenhausmitglied Dr. Karl Freiherr von Chlai ist in seinem Jagdschlösschen im Hohen Tauern am Dienstagmittag plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Freiherr von Chlai war lange Zeit hindurch der Führer über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Jesuiten in Mex. Die „Herr. Jsp.“ lädt sich aus Straßburg telegraphieren: „Antrag aus Straßburger Korrespondenten“ meldet: „Anträge aus parlamentarischen Kreisen haben der Regierung Besanlung gegeben. Erstrebungen darüber anzulegen, ob in letzter Zeit in Mex. von Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu Millionen abgehalten worden sind. Die Erhebungen haben ergaben, dass in einigen Kirchen der Stadt Mex und der Vororte während der Öffentlichkeit mehrere inländische und ausländische Jesuitengesellschaften bei der Ablösung von Millionen mitgewirkt haben. Da nach den von Bundesrat zur Ausführung des Reichsgesetzes betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu vom 4. Juli 1872 erlaufenen Bestimmungen den Angehörigen des Jesuitenordens die Ablösung von Millionen ausdrücklich unterstellt ist, hat die Regierung das Ereignis verklagt, damit Angehörige des Ordens der Gesellschaft Jesu von den Pferden in Zukunft nicht den rechtsgerichtlichen Bestimmungen zumühten mehr herangezogen werden.“

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus; das Zentrum nahm nicht definitiv Stellung.

* Ein Protest gegen Lloyd George. In einer von den liberalen Mitgliedern des Parlaments abgehaltenen Versammlung wurde eine Tagesordnung angenommen, die einen Tadel gegen den Schatzkanzler Lloyd George enthielt, weil er 8½ Millionen Pfund Sterling aus dem Überseehand um das legte Jahresbudget zu verhindern. Es soll dabei aus die Frage erworben werden, ob nicht die Errichtung einer rein bayrischen Klassenslotterie zweckdienlicher sei. Im Laufe der Debatte über den Vertrag sprachen sich die Sozialdemokraten und ein Teil der Liberalen gegen die Annahme des Vertrages aus;